

Radoslawow in Berlin.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ist in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichkanzler und anderen leitenden politischen Persönlichkeiten nach dem Abschluss der Verhandlungen in West-Bukowina politische Fragen zu besprechen. Die Zeitung hebt die ungewöhnlichen Gaben des bulgarischen Staatsmannes hervor und betont, daß seine Politik stets auf die Pflege der besten Beziehungen Bulgariens zu Deutschland gerichtet gewesen sei. In Deutschland schätze man aufrichtig das tapfere, aufstrebende bulgarische Volk.

Die Verhandlungen mit der Ukraine.

Die Wiener Blätter melden: Die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine machen sich bemerkbar. Die Rada hat ihren Sitz nach Schitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Führerschaft eine beschleunigte Abwicklung aller im Verhandlungswege festgelegten Abmachungen erfolgen wird.

England erkennt den Frieden mit der Ukraine nicht an!

Dem neuterischen Bureau ist mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht für gebunden hält, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

Das kann uns sehr gleichgültig sein!

Die Ereignisse in Italien.

Vor der Romveröffentlichung.

Der Schmetzerische Pressegraph meldet: Für die heute (Dienstag) stattfindende Eröffnungssitzung der italienischen Kammer sind bisher über 300 Abgeordnete in Rom eingetroffen. Die mit Spannung erwartete Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wurde in der Ministerratssitzung vom Montag geprüft und genehmigt. Die Ausführungen Orlando werden sich auf die Ergebnisse der Versailler Konferenz und allgemein auf die auswärtige Politik Italiens beziehen. In diplomatischen und politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der von den angesehensten Kriegsbücherverlangten Neuorientierung der auswärtigen Politik Italiens und ihrer Anpassung an die südwestlichen Ansprüche. Das „Giornale d'Italia“ wehrt sich auch gegen eine Revision der italienischen Kriegsziele durch die Ausnahme der Forderung der Aufstellung Oesterreich-Ungarns. Die offiziellen Sozialisten beabsichtigen sowohl die innere wie die äußere Politik der Regierung kritisch zu beleuchten. Im besondern bereiten sie einen Feldzug gegen die reaktionären Maßnahmen der Innenpolitik vor.

Interessante Vorgänge in Polen.

Abtritt des polnischen Kabinetts.

Wie die Warschauer Blätter melden, fand Montag eine mehrtägige Sitzung des polnischen Ministeriums unter Vorsitz des Regimentschefs statt. Gegenstand der Erörterung waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine. Am Abend überreichte der Ministerpräsident Ruzhewski dem Regimentschefs die Demission des Kabinetts. Der „Gazeta Poranna“ zufolge wird Ruzhewski dem Regimentschefs in dieser Angelegenheit eine motivierte Erklärung übermitteln.

Ueber den Abtritt des Warschauer Ministeriums geht der „Wost. Jtg.“ folgende Meldung zu: Die Stimmung in den politischen Kreisen war schon krisenhaft, als die bloße Nachricht von dem Abschluss des Friedens mit der Ukraine bekannt wurde. Als dann auch die Details bekannt wurden, gab der österreichische Militärgouverneur Graf Szepietzki sofort seine Demission und Ziwladatus Ritter v. Madajski ersuchte um Enthebung von seinem Amte. Auch Hofrat Dr. Kosner, der als Vertreter des L. u. L. Ministeriums des Äußeren in Warschau wirkt, ist zurückgetreten. Die polnische Regierung hat ebenfalls demissioniert, und auch die Mitglieder des Regimentschefs tragen sich mit dem Plan, ihre Stelle niederzulegen. In den führenden politischen Kreisen besteht die Absicht, die Ausführung dieses Planes zu verhindern, weil sonst die Möglichkeit gegeben werde, daß sämtliche bisher geschaffenen politischen Institutionen wieder verschwinden und daß ultra-radikale Elemente die Oberhand gewinnen, die einen Anschlag an Rußland in republikanischer Form suchen und eine gelbe Regierung bilden könnten. An Stelle des Ministeriums Ruzhewski wird wahrscheinlich ein Kabinett Stecki treten. Stecki gehörte vor seinem Eintritt in die Regierung der russisch-freundlichen nationaldemokratischen Partei an. Die für den 27. Februar ausgeschriebenen Wahlen in den Staatsrat können nicht stattfinden, weil die Wahlen auch für die Bezirke ausgeschlossen sind, die der Ukraine zufallen sollen. Es herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß jetzt die Selbstständigkeit Polens ernstlich gefährdet ist und Polen ein okkupierter Staat wird. Der Bund zur Lösung der polnischen Frage im austro-polnischen Sinne wird sich auflösen.

Den Wiener Abendblättern zufolge erklärten auch die polnischen Mitglieder des österreichischen Herrenhauses, daß sie sich mit Rücksicht auf die Ukraine im Friedensvertrage zugestandenen Grenzen der Opposition des Polenklubs im Abgeordnetenhause anschließen.

Die Ereignisse auf den Ålansinseln.

Russische Revolte auf Åland.

Die „Stockholms Dagbladet“ erzählt, ist auf Åland unter den russischen Truppen eine völlige Revolte ausgebrochen. Die Soldaten gehen umher und verhaften die ihnen mißliebigen Inselbewohner. Sie verwenden dabei Blut Hunde, um ihre stehenden Opfer aufzuspielen. In Mariehamn sollen sie ein entsetzliches Blutbad angerichtet

haben. Die zweitausend russischen Soldaten, die auf Åland liegen, sind mit Munition und Maschinengewehren versehen, während die Bevölkerung von Åland vollkommen wehrlos ist. Auf den Inseln zwischen Åland und der schwedischen Küste herrscht große Panik.

Sandung finnischer Truppen.

„Nationaltidende“ meldet in einer Depesche aus Waikö die Sandung finnischer Truppen auf Åland. Eine Abteilung der Wärggarde sei von Nyssad aus über das Meer nach Åland vorgezogen, wo ein Zusammenstoß mit dem russischen Militär bevorstehe. Man nehme an, daß diese finnische Landung nicht ohne Einfluß auf die Lösung der Ålandsfrage sein werde.

Ernste Unruhen in Kopenhagen.

Zusammenstoß mit der Polizei.

Aus Kopenhagen wird vom Dienstag gemeldet: Eine größere Anzahl von Jungsozialisten und Syndikalisten veranstalteten heute nachmittags in den Straßen Kopenhagens ernste Unruhen. Nach einer Volksversammlung, die mittags außerhalb der Stadt abgehalten wurde, zogen die Demonstranten mit roten Fahnen und unter Revolvergeschüssen in die innere Stadt, wo die Börse gestürmt, Borsenbesucher mit Stöcken angegriffen und zahlreiche Fensterbeschüsse eingeschlagen wurden. Die Polizei schritt ein, es kam zu einem blutigen Zusammenstoß. Nach Feuerwehr griff in das Handgemenge ein. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu Unruhen und blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, eine Anzahl Personen kam zu Schaden, und zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe schwer verletzt. Man befürchtet am Abend eine Wiederholung der Unruhen. Das Militär wurde in den Kasernen zurückgehalten. An den Kundgebungen haben sich die Sozialisten nicht beteiligt. Das Gebäude des Plattes „Sozialdemokraten“ wurde von einer starken Polizeibeamten gegen Angriffe der Demonstranten bewacht.

Der Kampf der Deutschen in Oesterreich.

Mannhafte Worte eines Abgeordneten.

Auf maßlose Auslassungen des tschechischen Abg. Dr. Zahradnik, in denen dieser die tschechischen Absonderungsgelüste breitt verteidigte, antwortete Dr. Eriker-Jansbrud im Oesterreichischen Abgeordnetenhause im Namen der Deutschnationalen der Alpenländer mit dem Hinweis, daß die Deutschen in Oesterreich dem Staate die Mittel für seine Existenz stets bewilligt hätten. Er geißelte aber die Regierung, daß sie die Verantwortung für den Amnestie-Erlass übernommen habe, durch den den Hochverrätern gewisser Parteien Gelegenheit geboten worden sei, ihre verhängnisvolle Tätigkeit wieder aufzunehmen. Falls die Regierung in ähnliche Fehler zurückfalle, kündigte er die Zurückkehr der Deutschen zu rüchstandsloser Opposition an. Nachdem Redner erklärt hatte, die Deutschen hätten es satt, immer das Äschensbrödel Oesterreichs zu spielen, ging er auf die Lage seines Tiroler Heimatlandes ein, das in diesem Kriege die schwersten Opfer gebracht hat. Im Kriege gab es, sagte er, auch eine Episode, in welcher man, nur um die Neutralität Italiens aufrechtzuerhalten und den Krieg mit Italien zu verhindern, sogar soweit ging, die kampflöse Unterwerfung unseres südlichen Landteiles an den welschen Erbfeind anzubieten, und nur die unerfütterliche Beutegier Italiens hat verhindert, daß dieses Unheil über unser Land hereinbrach. Wir halten uns daher berechtigt, mit allem Nachdruck zu fordern, daß künftighin an der Ungeheuerlichkeit und Einseitigkeit Tirols festgehalten wird, und daß kein Zollbreit dieses Landes in welschen Besitz übergehe. Redner könne die Forderungen der Deutsch-Tiroler nur in die Worte zusammenfassen: Tirol den Tirolern, Tirol ungeschmälert und ungeteilt von Rußland bis zur Berner-Klaus.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

In der Mittwoch abgehaltenen Sitzung wurden zunächst die bei verschiedenen Kapiteln des Staatshaushalts 1914/15 vorgekommenen Ueberschreitungen nachträglich genehmigt.

Die Ordensverleihungen.

Bei Kap. 24. Ordensangelegenheit, beantragt die Deputation, die Einnahmen mit 220 Mt. zu genehmigen, die Ausgaben mit 40 000 Mt. zu bewilligen. — Abg. Rischke-Lugisch (nll.): Seine Freunde stimmten dem Antrage zu und wünschten nicht die Bewilligung dieser alten Einrichtung. Bei der Ordensverleihung seien allerdings bedeutende Ersparnisse zu Tage getreten. Viele Leute, die in wohlthätigen Vereinen und Kriegsanstalten nicht arbeiteten, sondern nur ihre überflüssigen Geld hergeben oder von Haus zu Haus sammeln gingen, erdienten Auszeichnungen. Ordensverleihungen dürften aber nicht zu einem Geschäft gemacht werden. Wer heute noch den Kriegsdienstleuten habe, komme geradezu in den Bereich, daß er sich etwa als habe zuzufinden kommen lassen. Jeder Amtsvorsteher erhalte das Kreuz, gleichviel, ob Verdienste vorliegen oder nicht. Sächsischer Soldaten, die in einer preussischen Formation dienten, schienen von allen Ordensauszeichnungen ausgeschlossen zu sein. An die fremden Regimenter oder, deren Chef der König sei, würden auch an Nichtsachen massenhaft Orden verteilt. Das seien Ordnen. Diesen Wünschen zu entsprechen, sei mindestens ebenso gut, als dem Abg. Eriker-Jansbrud einen Militärorden zu geben. — Abg. Rischke-Lugisch (nll.): Nehmen Sie einfach das Kapitel ab! Sie legen sich doch auch ein votes Bändchen an. — Abg. Rischke (nll.): Wir verwerfen nicht grundsätzlich die Orden, wir stimmen aber gegen das Kapitel, weil bei uns die Orden vielfach nicht nach Verdienst verliehen werden und weil bei der Verteilung eine gesellschaftliche Differenzierung stattfindet, die unvollständig ist. An dessen Stelle es, es gäbe nur einen Orden. Die meisten Orden würden im Kriege mit dem Ministerium verteilt. Es gäbe Soldaten, die seit 1814 an der Front kämpften und noch keine Auszeichnung erhalten hätten, während sie anderen gütlich gewesen sei, die überhaupt noch nicht ins Feld gekommen seien. — Abg. Dr. Philipp (nll.): Im Kriege seien durch die häufige Verleihungen die Orden vielfach entwertet worden. Von Seiten der Zentralstellen möchten etwas einheitliche Gesichtspunkte für die Verleihungen aufgestellt werden. Der Wunsch eines Gläubigen bekomme viel eher das Äußere, als ein, der jahrelang im Schützengraben gelegen habe. Eriker-Jansbrud habe einen sächsischen Orden erhalten, der Chefredakteur Dertel aber, der hoch schließlich auch Verdienste um Sachsen habe, keinen. — Abg. Rischke (nll.): Ich würde Sie zu Gott gehen, Ihren Orden anlegen, ihn aber bei der

Verleihe in dem Sitzungssaal mit Rücksicht auf die öffentlichen Zeidünen ablegen und gegen das Kapitel stimmen. Das sind mir schon die richtigen Pappenheimer mit ihrem Ministerium vor dem Ministerium. (Beitritt.) — Abg. Träger (nll.): Ich habe keine Verwunderung aus, daß Herren Orden angenommen haben, die gegen das vorliegende Kapitel stimmen. — Abg. Schiebler (nll.) tritt, der Männer zu gebeten, die für die sächsischen und sächsischen Kriegsursorge tätig seien. — Kultusminister Dr. Bied: Die vom Kriegsministerium in Vorschlag gebrachte Auszeichnung innerhalb des sächsischen Militärordens. Unrichtig ist es, daß die einzelnen Resorte darnach trachteten, nur ihren Angehörigen möglichst viel Orden zu verschaffen. In keiner Zeit verdient das Ordenswesen eine größere Berechtigung als im Kriege. Die Mitglieder der beiden Parteien, die das Kapitel ablehnen, werden sich damit im Grunde wenig damit verbieten. (Abgeordneter Wrobauf ruft: Da seien Sie nur ganz unbefragt!) — Major v. Scharf erklärt, die Handhabung der Ordensverleihungen an andere Staatsangehörige habe sich unter den Bundesstaaten aus der Praxis ergeben. — Abg. G. A. n. t. h. e. r (nll.): Auch wir haben ein warmes Herz für unsere tapferen Kämpfer. Dazu bedarf es keiner Ermahnung des Ministers. Kriegsangehörigen lebende Freunde nicht ab. — Abg. Präsident Fräßdorf (Soz.): Seine Freunde beurteilen grundsätzlich nach wie vor die Ordensverleihung. Die Kriegsangehörigen müßten entweder alle denselben oder keinen Orden erhalten. — Die Ausgaben werden hierauf mit 43 gegen 28 sozialdemokratische und fortschrittliche Stimmen genehmigt. (Abgeordneter Träger ruft dem Minister zu: Daß Sie aber Herrn G. A. n. t. h. e. r keinen Orden mehr geben! Beitritt.)

Kleine politische Meldungen.

Die Erfolge der ärztlichen Kunst im Kriege. In Brüssel and unter Leitung des Chefs des Feldsanitätswesens, unter zahlreicher Teilnahme von Vertretern des Senates die dritte Kriegsärzterversammlung statt. Während der Tagung traf an Eröffnung von Schiering folgendes Telegramm des Kaisers ein: Ihnen und den zur dritten Kriegsärzterversammlung erschienenen Kollegen danke ich herzlich für den freundlichen Guldigungsgruß. Wüchsterfüller, wissenschaftlicher Ernst und zielbewusstes rastloses Forschen hat die ärztliche Kunst im Kriege zu ungeahnter Höhe gehoben. Auf ihre Träger blüht vertrauensvoll mit den tapferen Helden das gesamte Vaterland. Möge dieses Bewußtsein Sie alle stärken und weiter leiten in Ihrer schweren und segensreichen Arbeit. Wilhelm, I. R.

Die Rückkehr Gerninis nach Wien. Der Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner wollte gestern nachmittag den Minister des Äußeren Graf Czernin bei seiner Ankunft am Nordbahnhof an der Spitze der Gemeindevorstellung begrüßen und ihm den Dank der Wiener Bevölkerung für seine erfolgreiche Tätigkeit in der Friedensfrage ausdrücken.

Spionverhaftung in Oesterreich. In Trient wurde der Südtiroler Reichstagsabgeordnete und frühere Verwalter der Trienter, Dr. v. Bertolini, verhaftet. Vor Kriegsbeginn hatte er auffallenweise mehrere Reisen nach Italien unternommen und galt bei der Bevölkerung als einer der gefährlichsten Irredentisten. Von amtlicher Seite erfolgt nun hier folgende Mitteilung: „Es ist gelungen, die Fäden eines weitverzweigten Spionagesystems aufzudecken, das unmittelbar vor Ausbruch des italienischen Krieges zum größten Schaden der Monarchie in Südtirol dem Feinde die verheerendsten Nachrichten über militärische und wirtschaftliche Verhältnisse lieferte. Hieran waren außer dem Dr. Bertolini auch die Landtagsabgeordneten Wollagl, Direktor des landwirtschaftlichen Instituts, und Wancini, beide in Trient, hervorragend beteiligt, weshalb auch deren Verhaftung verfügt wurde.“

Clemenceau besucht die Front. Das „Echo de Paris“ erzählt, daß Clemenceau wichtige Punkte an der Front besichtigte, sowie den Stand der Arbeiten hinsichtlich einer deutschen Offensive. Bei der Besichtigung wurde er von dem französischen Kriegsminister begleitet. Der französische Kriegsminister hat an die Regimentskommandeure ein Rundschreiben erlassen, um diese zu ersuchen, bis zum 1. Mai den Landwörtern in der Armee in weitestem Umfang Urlaub zu erteilen. In dem Rundschreiben heißt es, daß der Anbau größerer Flächen in Frankreich eine Anbahnung bilde, wenn die Einschränkungen, die in Frankreich immer mehr zu sich greifen, nicht verhärtet werden sollen.

Aufrechterhaltung der Front gegen Taitaux. Was Paris wird gemeldet: Hauptmann Vouchardon setzte die Vernehmung Taitaux fort. Nach dem Schlussurteil des Sergeanten Seauille und des Hauptmanns Mathieu bleibe die Angeklagte vollständig aufrechterhalten: Mitteilung von Dokumenten über die nationale Verteidigung an den Feind.

Die Amerikaner kaufen Schiffe in Versaillen. General Bliss, der Vertreter der Vereinigten Staaten im Kriegsrat zu Versaillen, hat in Versaillen drei Schiffe gekauft. Das eine wird für ihn selbst hergerichtet, während die beiden anderen für den amerikanischen Generalstab bestimmt sind.

Die Lebensmittelkarte in Italien. Dem „Eund“ zufolge teilte das italienische Nahrungsministerium mit, daß Ende Februar in allen Gegenden Italiens das Rationensystem eingeführt sein wird.

Von Stadt und Land.

Mit. 14. Februar.

Wachst der Vorkosten, die durch ein Anwesenheitsgesetz herbeigeführt sind, — auch im Kriege — nur mit genauer Zielvorgabe gefasst.

Arbeitsauszeichnung. Der Soldat Fritz Leuchner, Sohn des Markthelfers Hermann Leuchner, Weitnerstr. 92, erhielt die Friedrich August Medaille in Bronze.

Bedenmittel am Freitag. Morgen Ories, Suppen und Hafendärmitel auf Marke W 1.

Die Veranstaltung des Flottenbundes deutscher Frauen. Die rührige Ortsgruppe Aue des Flottenbundes deutscher Frauen veranstaltet morgen Freitag Abend 7/8 Uhr im „Blauen Engel“ ihre Jahreshauptversammlung, an die sich ein unterhaltender Teil mit musikalischen und sonstigen Darbietungen schließen wird. Der Eintritt ist frei und es kann sonach auf einen starken Besuch gerechnet werden.

Familienabend des Jünglingsvereins. Am Sonntag, den 17. Februar, veranstaltet der hiesige Jünglingsverein im „Bürgergarten“ einen Familienabend zum Besten von Soldatenheimen. Musikvorträge und Theateraufführungen sollen dabei geboten werden. Jedem, der mithelfen möchte, unsere Soldaten draußen helme zu schaffen und zu erhalten, in denen sie sich erholen und erquicken können, sei der Besuch dieser Veranstaltung empfohlen.

Zur Abgabe von Petroleum. Für Februar ist, wie schon mitgeteilt, der Stadtgemeinde Aue nur sogenanntes Ausgleichspetroleum für Gelmarbeiter und Landwirte, nicht aber Handelspetroleum, das frei verkauft werden konnte, zugewiesen worden. Nach Mitteilung der zuständigen Reichsstelle ist für das laufende Winterhalbjahr mit weiteren Zuweisungen nicht zu rechnen. Die Verbraucher müssen daher mit dem zugestellten Petroleum äußerst sparsam umgehen. Soweit das Ausgleichspetroleum für Gelmarbeiter und Landwirte nicht gebraucht wird, soll der Rest gegen Marken an Haushaltungen, die keine betriebsfertige Gas- oder elektrische Leuchtanlage haben, abgegeben werden. Die Abgabe kann nur in kleinen Mengen erfolgen.

Selbstmord? Unter diesem Titel verzeichneten wir in einer Notiz in unserer gestrigen Nummer das Verdict, daß die Verkäuferin A., die in einem hiesigen Kaufhause angestellt war, Selbstmord verübt haben sollte. Wir werden gebeten, dazu mitzuteilen, daß bis jetzt noch nicht erwiesen ist, ob Frau A. am dem Diebstahl, die in dem Kaufhause, in welchem

Die tägliche Beschäftigung des Mannes... (The text continues vertically down the right margin, partially cut off by the page edge.)